

Dan Diner

Angesichts der Krise: Wegstrecken europäischer Gedächtnisse

Kollektive Gedächtnisse sind Arsenale der Erinnerung. Unter Erinnerung sind nicht allein Reminiszenzen transgenerationaler Zugehörigkeiten zu verstehen, die zur kulturellen Vergewisserung in höchst komplexen Lebenslagen dienen. Erinnerung kann weiter reichen, etwa in Bereiche hinein, die sich aus Chiffren wie Codierungen habitueller Gewohnheiten und sozialer Tugenden fügen und tief in das materielle, in das lebensweltliche Gewebe eines Kollektivs eingewachsen sind – und dies mit weitreichenden Folgen. Mehr noch mag verwundern, wenn diese partikular verschiedenen tradierten kollektiven Merkmale und Embleme von Zugehörigkeit angesichts der aktuellen Schulden- und Finanzkrise Europas in einer Weise von sich reden machen wie kaum jemals zuvor. Es geht vornehmlich um die jeweils verschiedenen habituellen Tugenden des Wirtschaftens und Haushaltens – und dies im Zeichen einer gemeinsamen Währung. Schließlich ist die Währung der symbolisch verdichtete Ausdruck eines verbindenden und verpflichtenden Wertmaßes, genauer: eben jener Tugenden, die in ihm verschlüsselt sind. Nur scheinbar paradox ist der Umstand, dass jenes in der gemeinsamen Währung enthaltene Maß vor dem Hintergrund einer vorgeblich bestehenden Gleichheit der sich ihr unterwerfenden Volkswirtschaften erst die tatsächlich bestehenden Unterschiede und Differenzen ins Auge stechen lässt – mithin einer Wahrnehmung Vorschub leistet, die anderweitig, also bei fortwährendem Bestehen verschiedener, sich beständig untereinander abgleichender Währungen, so wohl kaum sichtbar geworden wäre.

Es mag abermalig paradox anmuten, aber die sichtbar gewordene Verschiedenheit der europäischen Tugenden und habituellen Prägungen ist im Übrigen Ausdruck einer durchaus gelungenen Integration. In nicht weit zurückliegender Vergangenheit waren die jeweils national aufgeladenen und sich im Wesentlichen negativ voneinander abgrenzenden Gedächtnisse noch vom nicht weit zurückliegenden Großereignis der europäischen Geschichte, dem Zweiten Weltkrieg bestimmt gewesen. Zwar werden auch in der gegenwärtigen Schulden- und Finanzkrise in dem einen oder anderen Land an jene Zeit erinnernde Gedächtnisse evokiert. Aber sie erscheinen eher als anachronistische Residuen längst versunkener Vergangenheiten denn aktuelle Wirklichkeiten reflektierende Aufwallungen. Blickt man zurück in den Gedächtnisraum der europäischen Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, so wird offen-

bar, dass vieles, was zu den historischen Kalamitäten Europas und den mit ihnen verbundenen Verwerfungen geführt hat, längst erloschen ist und vornehmlich im Kulturellen seinen musealisierten Niederschlag findet. Schaut man etwa von der Mitte Europas, von Deutschland her nach Westen, nach Frankreich, so gelten die historischen Konfliktlagen als abgelebt. Weder ist die deutsch-französische Grenze umstritten noch wird waffenstarr über Hegemonie und Revanche gesonnen. Was die territoriale Symbolik als Maß von Macht und Geltung angeht, hat sich der deutsch-französische Gegensatz aufgelöst. Dazu bedurfte es die Dauer eines halben Jahrhunderts bei Verwandlung beider Gemeinwesen. Deutschland ist aus zwei Weltkriegen und den mit ihnen verbundenen Niederlagen sowie dem Geist der Zeit folgend, als eine durch und durch zivile Macht hervorgegangen. Auch Frankreich hat sich vor dem Hintergrund des 19. Jahrhunderts, dem Jahrhundert der Nationalismen, grundständig verändert, sich mit dem Verlust seiner vormals hegemonialen Stellung auf dem Kontinent ebenso abgefunden wie mit dem seines Kolonialreiches. Zuvor war Frankreich mehr gewesen als das Hexagon. Es verstand sich als Macht mit einem universellen, zivilisatorischen Auftrag. Der Rückzug aus diesem, der sich selbstverständlich auch als Rückzug aus den Kolonien gestaltete, zog den Einzug Frankreichs nach Europa nach sich. Und dieser Einzug nach Europa bedeutete neben der längst überfälligen industriellen Modernisierung der französischen Republik auch die sichtbare Aussöhnung mit Deutschland, genauer: der Bundesrepublik. Dass das Datum der deutsch-französischen Aussöhnung, besiegelt im Treffen zwischen Adenauer und de Gaulle in Reims, dem mittelalterlichen Krönungsort der heiligen französischen Könige, mit dem Jahr der Beendigung des Algerienkrieges 1962 zusammenfiel, macht symbolisch diesen historischen Zweisritt deutlich.

Nach Osten hin bereitete die Brandt'sche Ostpolitik der frühen 70er-Jahre die Aussöhnung mit Polen durch die *de facto*-Anerkennung der polnischen Westgrenze vor. Dass mit diesem Vertragsschluss auch von einer volksdemokratischen, also kommunistischen polnischen Regierung der Umstand ignoriert worden war, dass zwischen Volkspolen und der Bundesrepublik noch ein weiteres Gemeinwesen, nämlich die DDR gelegen war, mag Bände sprechen und nimmt des Weiteren Zukünftiges gleichsam vorweg, zumal der mit dem Jahre 1989 eingetretene Wandel nicht zuletzt auch von der bundesdeutschen Ostpolitik mit ermöglicht worden war, die mit eben jener Politik der Anerkennung der territorialen Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges in Volkspolen einen innergesellschaftlichen Prozess ermöglichte, der letztendlich und in Zusammenspiel mit den von Gorbatschow in der Sowjetunion Mitte der 80er-Jahre eingeleiteten Veränderungen letztendlich zum Sturz des Regimes beitrug. Auch die bis tief ins 19. Jahr-

hundert zurückreichenden Konfliktlinien scheinen bei allem vornehmlich polnischen Misstrauen sich merklich abgekühlt zu haben. Zwar mag die Gedächtnisikone Katýn in der polnischen Erinnerung von interessierter Seite immer wieder aufs Neue aktualisiert werden – von einem schwärenden polnisch-russischen Konflikt um territoriale Markierungen oder ähnlicher Symbolik von Macht und Geltung kann auch im östlichen Europa nicht mehr die Rede sein. Zwar hat der jugoslawische Sezessionskrieg in den 90er-Jahren, verbunden mit den dort damals verübten Gräueln, die Befürchtung heraufbeschworen, hier bilde sich eine an die Balkankriege zu Beginn des 20. Jahrhunderts erinnernde Konstellation heraus, die damals schließlich zur unmittelbaren Vorgeschichte des europäischen Kontinental- und Weltenbrandes von 1914 gehörte. Diese Befürchtung hat sich nicht bewahrheitet. Aber über die Dauer eines Jahrzehnts schienen sich in östlichen wie südöstlichen Gegenden Europas Konfliktlagen in Erinnerung zu rufen, die in wenig anheimelnder Weise negativ an das Gedächtnis der Zwischenkriegszeit appellierten. Dass Europa diesen von den Rändern ausgehenden Gefährdungen seines Projektes mit einer entsprechenden Propaganda seiner kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Attraktivität zu begegnen vermochte, war nicht zuletzt jenem militärischen Bündnis geschuldet, aus dessen sicherheitspolitischem Kapital sich das europäische Projekt nicht zuletzt nährt: die NATO.

Die europäische Integration war ein Projekt der Neutralisierung der konflikthaften europäischen Vergangenheiten gewesen. Und es ist paradoxerweise eben dieser Erfolg, der gegenwärtig die historisch gewachsenen Unterschiede an die Oberfläche treibt. Nicht als politische, gar militärische Konflikte treten diese europäischen Unterschiede an die Oberfläche, sondern in Gestalt von sich aneinander reibenden unterschiedlichen Kulturen des Wirtschaftens und Haushaltens. Dies sind die aktuellen Arsenale des Gedächtnisses. Und dieses Gedächtnis nimmt die Gestalt von Sekundärtugenden und anderem Habituellen an. Das Gedächtnis schlägt sich kulturell in den Emblemen des Sozialen, des Ökonomischen und des Finanziellen nieder – mithin den materiellen Verdichtungen von Lebenswelt.

Tatsächlich sind die europäischen Kulturen des Wirtschaftens und Haushaltens ebenso verschieden wie die ihnen vorausgehenden nationalen Gedächtnisse. Daran knüpft sich die Frage nach den sie begründenden historischen Erfahrungen an. Werte und Tugenden schlagen sich in der Währung als dem wohl abstraktesten gesellschaftlichen Maß nieder. Lässt man die jeweilig verschiedenen europäischen Erinnerungen Revue passieren, so werden – wie für Europa allenthalben symptomatisch – unterschiedliche Neigungen, Vorlieben, Befürchtungen und Ängste erkennbar. Soll die Geldwertstabilität als ein nicht zu hintergehendes

habituelles Sanktuarium absolut gesetzt werden, so wie es dem von Inflationserfahrung und Währungsreform gebeutelten deutschen Gedächtnis entspricht? Die über drei Generationen – die als gültig erachtete anthropologische Dauer einer kollektiven Gedächtnisbildung – gewachsenen deutschen Tugenden von Sozialverhalten neigen schließlich wesentlich dazu, die Geldwertstabilität überaus hoch zu bewerten. Dem entgegenstehende Tugenden werden indes als geringer erachtet – und dies im Unterschied etwa zu Frankreich, das einer eher klassenkämpferischen Erinnerung folgend die Maßgaben von Vollbeschäftigung denen der Geldwertstabilität vorzieht. Der rhetorisch aufgeladene Vorrang des sozialen Gegensatzes in Frankreich im Unterschied zur ausgleichenden, korporativen Tradition der Sozialpartnerschaft in Deutschland lässt andere habituelle Neigungen gelten, wenn es um Fragen ökonomischen Fühlens und Handelns geht. Überhaupt ließe sich in Europa so etwas wie eine Topographie europäischer Sekundärtugenden abbilden, eine fein sich ausdifferenzierende Farbenskala der Übergänge, mittels derer sich so etwas wie eine Archäologie der Herausbildung und Geltung weiterhin wirksamer Tugenden des Wirtschaftens und des Haushaltens betreiben ließe. Dabei ist von europäischen Gemeinwesen wie dem Vereinigten Königreich, das aus traditioneller Distanz der Insel zum europäischen Kontinent heraus der Eurogruppe ohnehin fern geblieben war und aufgrund seiner dominanten Tradition des Handels, der Finanzen und der Dienstleistungen durchaus anderen Tugenden huldigt, nicht einmal die Rede.

Die Wahrheit der gemeinsamen Währung offenbart mittels der bereits eine geraume Weile sich hinziehenden Schuldenkrise eine untergründige, bislang eher verborgen gebliebene und als extrem unausgewogen sich erweisende Statik des europäischen Projekts. Diese als unausgewogen erachtete Architektur lässt mittels der Krise eine über die nationalen Differenzen hinaus sich als denkwürdig erweisende europäische Topographie habitueller Tugenden sichtbar werden – so den Umstand, dass die Länder des europäischen Nordens und die Länder des europäischen Südens offenbar auseinandertreten. Eine solche Topographie der Tugenden des Wirtschaftens und Haushaltens scheint mit denen konfessioneller Zugehörigkeit affin zu sein. So weist das Wirtschafts- und Sozialverhalten der Länder des Nordens eine auffällige Nähe zu den als protestantische Traditionsbestände erachteten Sekundärtugenden auf. Dem ideengeschichtlich Informierten wird dabei die anhand empirischer Belege von der Geschichtswissenschaft gern zurückgewiesene These Max Webers von der protestantischen Ethik und dem Geist des Kapitalismus in den Sinn kommen. Webers provokative religionssoziologische These muss derweil im Einzelnen nicht zutreffen, um gleichwohl den aufdringlichen Eindruck hervorzurufen, Europa werde von einer Art tektonischer

Bruchlinie historisch tradierter Unterschiede des Sozialverhaltens im Allgemeinen und des Wirtschaftens wie Haushaltens im Besonderen durchzogen, wobei, wie insinuiert, Topographie und Konfession sich in einer denkwürdigen Weise zu überlagern scheinen.

Ein historisch geschärfter Blick vermag in der erschütterten europäischen Statik weitere traditionelle Anlagerungen von Kontinuitäten kulturhistorischen Ursprungs erkennen – so etwa den Umstand, dass das von der Schuldenkrise besonders gebeutelte Griechenland weder aus dem protestantischen noch dem katholischen Traditionszusammenhang hervorgegangen ist, sondern seine Wurzeln in Byzanz hat und zudem dem Osmanischen Reich zugehörte. Dort scheinen habituelle Voraussetzungen rationaler Verwaltung, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, die Trennung der Sphären von privat und öffentlich weniger scharf gezogen, als in den Kernländern des protestantischen Nordens, in denen auch die lebensweltliche, Sozial- und Alltagsverhalten berührende Seite des Katholizismus sich ohnehin „protestantisiert“ hatte, sich mithin den Erfordernissen der Moderne und ihren Modi der Beschleunigung angepasst hat. Die Vielfalt Europas, eben jener kulturelle Segen einer produktiven Verschiedenheit, erweist sich unter Maßgaben einer gemeinsamen Währung und im Zeichen der Schuldenkrise als strukturelle Gefährdung von über Jahrzehnte hinweg erlangten Gemeinsamkeiten. Die gemeinsame Währung transformiert die zu ernstzunehmenden Gefällen sich verdichtenden Unterschiede von Habitus, Sozialverhalten, Produktivität und Wirtschaften in ein Verhältnis, in dem die Gemeinwesen sich zueinander hierarchisch zu stellen beginnen. Diese Hierarchie findet ihren Ausdruck nicht etwa in archaisch anmutenden Formen von politischer Überlegenheit und Unterlegenheit, also in der Symbolik wie in den Realien von Macht und Herrschaft, sondern in den abstrakten Semantiken und Semiotiken einer Zahlenwelt, deren Sinnkriterien zu verstehen offenbar nur wenigen gegeben ist. Deshalb macht die Krise der europäischen Währung unter deren Namen sich eine Gruppe von Staaten zusammengefunden hat, auch eine Krise des europäischen Einigungsprozesses offenbar.

Die sich als Schulden- und Finanzkrise niederschlagende Krise Europas legt nahe, sich abermals den historischen Bedingungen und Umständen des Einigungsprozesses als solchem zuzuwenden, um dabei nachzusinnen, inwieweit die erzählte Geschichte des europäischen Zusammenschlusses, gleichsam das vorherrschende Narrativ, tatsächlich die gewesene Wirklichkeit abbildet. Sich der Geschichtserzählung zuzuwenden, ist nicht einem abstrakten historischen Interesse geschuldet, sondern mag für gegenwärtiges wie zukünftiges Handeln durchaus bestimmend sein. Schließlich hat die erzählte Geschichte einen nach vorne gerichteten legitimatorischen Charakter insofern, als aus der gesponnenen

Geschichtserzählung politische Konsequenzen erwachsen. Dabei wird dem nachdenklichen Beobachter auffällig, dass die Geschichte Europas wesentlich teleologisch erzählt wird, will heißen: Von der Idee der europäischen Einigung als Friedensprojekt hin zum eingetretenen Erfolg wird eine Kausalität insinuerende Linie gezogen. Eine solche Linienführung dürfte sich bei näherem Hinsehen als nicht stichhaltig erweisen. Denn ein solches Narrativ ignoriert den großen historischen Rahmen, in dem sich die Idee der europäischen Einigung zu realisieren vermochte, ihr eigentlicher politischer Humus. Und dieser Humus findet seine Ingredienzien im Milieu des Kalten Krieges, genauer: In den ordnungspolitischen, also wirtschaftlichen wie institutionellen amerikanischen Ansinnen, die Integration des westlichen Teils Europas im Kontext des sich langsam aufbauenden Gegensatzes zwischen Ost und West zu betreiben. Dieses Vorhaben hob an mit dem Marshallplan 1947, um sich mit der Etablierung des deutschen Weststaates, der Bundesrepublik, fortzusetzen. Es nahm des Weiteren Form an mit dem Ausbruch des Koreakrieges, der Etablierung der europäischen Behörde für Kohle und Stahl, also der Montanunion, und den amerikanisch-britischen Plänen der Begründung von integrierten europäischen Streitkräften – ein Begehren im Übrigen, das schließlich 1954 an der ablehnenden Haltung der französischen Nationalversammlung scheiterte, und an dessen Statt in der Aufnahme der Bundesrepublik nebst eigenen Streitkräften, der Bundeswehr, in die NATO mündete. In gewisser Hinsicht waren die NATO und die Bestrebungen zur europäischen Einigung ebenso parallele wie miteinander verbundene Vorhaben: Die NATO war in Europa so etwas wie ein Ersatz für die misslungene europäische militärische Integration und damit für das politische Projekt der europäischen Einigung, an der Europa weiterhin krankt.

Vor solch komplexem Hintergrund von Kaltem Krieg und europäischer Einigung ist die deutsch-französische Annäherung zu verstehen. Ohne eine Integration eines westdeutschen Staates in den Westen wäre Frankreich auf dem Kontinent nach 1945 relativ alleine der bis ins westliche Mitteleuropa reichenden sowjetischen Militärpräsenz ausgeliefert gewesen. Westdeutschland an Frankreich zu binden erfolgte mittels einer diesem Vorhaben vorausgehenden Neutralisierung des deutschen Rüstungspotentials an Rhein und Ruhr. Dafür bot sich eben jene gemeinsame Behörde für Kohle und Stahl an, der sich weitere westeuropäische Länder anschlossen, um jene Sechsergruppe der europäischen Integration zu bilden. Dass sich dem vorausgehend auch Personen und Persönlichkeiten mit der Absicht zu Worte meldeten, die Idee Europas zu befördern, steht zum alles beherrschenden Kalten Kriege in keinem Gegensatz. Auch die gemeinhin in den Lehrbüchern zur Geschichte der europäischen Einigung als Gründungsrede zitierte, 1946 an der Universität Zürich gehaltene

Ansprache Winston Churchills widerspricht diesen Parametern nicht – im Gegenteil. Churchill rief die Völker Europas zur Einigung auf ohne dabei eine Beteiligung Britanniens in Aussicht zu stellen. Eher sollten die Kontinentaleuropäer zu einem Zusammenschluss veranlasst werden, um die durch die massive Präsenz der Sowjetunion gestörte Balance auf dem europäischen Festland wieder ins Lot zu bringen – eine Perspektive, die der traditionellen Haltung der imperialen Inselmacht entsprach, sich aus den europäischen Händeln herauszuhalten, wobei eine Wahrung eines europäischen Gleichgewichts hierfür gleichsam konstitutiv war. Zudem war Churchill damals nicht mehr wie auch noch nicht wieder im Amt des britischen Premiers – ein Zustand, der den Entwurf großer Horizonte erleichterte.

Bei anderen Personen und Persönlichkeiten, mit deren Namen das europäische Einigungsstreben auf das Engste verbunden ist, dürfte die Europaidee durchaus jenseits der Konstellation des Kalten Krieges gelegen haben, obschon sie ebendort ihre realpolitische Verankerung fand. Hier ist von dem europäischen Dreigestirn Adenauer, de Gasperi und Schuman die Rede. Alle drei zeichneten sich schon allein dadurch aus, dass sie der Peripherie ihrer jeweiligen Nationalstaaten entstammten, in der Erfahrungswelt des 19. Jahrhunderts verwurzelt und politisch aktive Katholiken waren. Zudem kommunizierten sie untereinander auf Deutsch. Diese Umstände sind keine Bedingung von Politik, machen aber symbolisch deutlich, wie stark sich die politische Idee Europas aus Umständen heraus gestaltete, die von den Rändern her gespeist wurden – Ränder im Sinne der Topographien ihrer jeweiligen Gemeinwesen ebenso wie der historischen Zeiten.

Konrad Adenauer, Jahrgang 1876, war als bekennender Katholik ohne Zweifel eine Person, die der protestantischen Reichsgründung und ihrem preußischen Ursprung fremd gegenüberstand. Als Zentrumspolitiker und Oberbürgermeister Kölns war seine kulturelle Orientierung eher nach Westen gerichtet. 1919, im damaligen Schicksalsjahr Deutschlands, war gemunkelt worden, Adenauer strebe eine Abtrennung des Rheinlandes vom Reich und seine Anbindung an Frankreich an. Robert Schuman war in Luxemburg geboren, wuchs im damaligen deutschen Elsass auf und diente während des Weltkrieges im kaiserlichen deutschen Heer. De Gasperi entstammte einem italienischen Irridentagebiet, dem Trentino, und war bis zu seiner Auflösung mit Ende des Ersten Weltkrieges Abgeordneter im altösterreichischen Reichsrat gewesen. Ihre individuelle Geschichte, die wiederum mehr repräsentiert als nur diese allein, prädestinierte die drei in der Tat dazu, Gründungspersönlichkeiten der europäischen Einigung zu werden. Dass die Vorstellung von Europa indes nicht als friedensstiftende Idee allein reüssierte, sondern im Gewebe des sich

ausbildenden Kalten Krieges ihren realpolitischen Halt fand, war den dreien ebenso selbstverständlich wie sie dabei auch ganz im Sinne ihrer jeweiligen Nationalstaaten wirkten.

Wie grundständig der Kalte Krieg das europäische Projekt bestimmte, lässt sich der weiteren Einigungs- und Integrationsgeschichte entnehmen, vor allem anhand des sich 1989/90 endgültig einstellenden Endes des Ost-West-Gegensatzes. Die einzelnen Stufen der europäischen Einigungsgeschichte Revue passieren zu lassen wäre zu weitgehend: ausgehend von dem Scheitern des EVG-Vertrages und der Ersetzung der politisch-militärischen Einigung durch die wirtschaftliche Integration allein – diese mündete zwischenzeitlich in den Römischen Verträgen 1957 und gab der vorausgegangenen Montanunion im Nachhinein ihr ausgesprochen ökonomisches anstelle eines sicherheitspolitischen Gepräges –, schließlich die Bildung der Europäischen Gemeinschaft bis hin zum 1993 in Maastricht erfolgenden großen Sprung in die Europäische Union. Doch Maastricht und die damals beschlossene gemeinsame europäische Währung, der Euro, liegen bereits in einer anderen Zeit, in einer Zeit, die nicht mehr vom politischen Geländer des Ost-West-Gegensatzes bestimmt ist, sondern von einer Logik, die erst langsam ihre eigenen Konturen herauszubilden begann.

Kurz zuvor, kurz vor dem Zusammenbruch des Kommunismus, dem Ende des Kalten Krieges und des ihn begründenden Ost-West-Gegensatzes, stand es mit der europäischen Einigung nicht gerade zum Besten. Obwohl die Integration von Brüssel aus beständig weiter betrieben wurde, und Überlegungen zu einer Wirtschafts- und Währungsunion durchaus konkretere Formen annahmen, schien der Prozess der europäischen Einigung von lähmender institutioneller Trägheit ergriffen. Es schien, als hätte das europäische Projekt jegliche Dynamik und Zielgerichtetheit verloren; von einer „Eurosclerose“ war allenthalben die Rede. Genau besehen hatte erst der Zusammenbruch des Kommunismus und das dramatisch sich einstellende Zurückfluten der Sowjetunion aus einem sich wieder einstellenden mitteleuropäischen Raum dazu geführt, dass dem Projekt „Europa“ neues Leben eingehaucht wurde. In der Tat schien die räumliche Wiederherstellung des Kontinents dazu zu führen, dass das politische Projekt Europa seinem neuen/alten Telos zugeführt wurde: Seiner Einigung. Und es war einvernehmliches Ziel, den postkommunistischen Ländern eine Perspektive zu bieten. Und diese Perspektive war in einem modernisierungstechnischen wie in einem politischen Sinne europäisch.

Zuvor galt es freilich, so manche Endmoräne aus weiter zurückliegender Vergangenheit beiseite zu räumen. Neben der nunmehr endgültig, also auch *de iure* bereinigten Frage der deutsch-polnischen Grenze stellte sich

für einen kurzen Augenblick die traditionelle, aus vergangenen Zeiten heraus sprechende deutsch-französische Konstellation wieder ein. Es schien einen Moment lang offenkundig geworden, dass ein sich wieder vereinigendes Deutschland die alteuropäischen Fragen neu auf die Tagesordnung setzen könnte. Wie stünde es dann um das über Jahrzehnte europäisch und transatlantisch ruhig gestellte deutsch-französische Verhältnis? Auch die die kontinentalen Verhältnisse traditionell geopolitisch bedenkenden Briten waren aufgewacht, und schienen die neue Lage aus alter Sicht heraus zu bewerten.

Nicht, dass die bald darauf getroffene Entscheidung, eine gemeinsame europäische Währung, den Euro, einzuführen, der deutsche Preis für die befürchtete Potenz eines mitten in Europa sich erhebenden vereinigten Gemeinwesens gewesen wäre. Die Vorstellung einer Wirtschafts- und Währungsunion war ohnehin im Schwang gewesen. Aber zwischen diesem eher abstrakten Vorhaben und der Entscheidung zu seiner Umsetzung, stand jener Einschnitt, der mit dem Ende des Kommunismus und der deutschen Vereinigung in Verbindung stand. Jetzt erst entfaltete das Vorhaben einer gemeinsamen Währung die zu seiner Verwirklichung notwendige Dynamik. Nicht zuletzt aus französischer Sicht ging es vornehmlich darum, der potentiellen deutschen Wirtschafts- und Finanzmacht gesamteuropäische Kautelen anzulegen. Mit dem Verzicht auf währungspolitische Souveränität bei einvernehmlich bekundeter Wahrung des dem deutschen Habitus des Wirtschaftens und Haushaltens entsprechenden monetären Gebarens, war dem europäischen Projekt neues Leben eingehaucht worden, ohne dabei seinen friedenspolitischen Horizont in Mitleidenschaft zu ziehen. Deutschland sollte und konnte vereinigt werden, ohne nach Fortfall des Kalten Krieges und des ihm vorausgegangenen Ost-West-Gegensatzes in alteuropäische Bedrohungsszenarien zurückzufallen. Dass den alteuropäischen Divergenzen indes doch noch eine gewisse Lebenskraft innewohnt, wenn sich diese auch nicht mehr in einem machtpolitischen Gegeneinander niederschlagen, sondern eher unpolitisch erscheinen, indem sie sich der Kodierungen der Zahlensymbolik bedienen, hinter der sich die wahre Macht von Produktivität, sozialen Sekundärtugenden und andere habituelle, wie womöglich konfessionelle Einschreibungen verbergen, ist erst durch die aktuelle Krise des Wirtschaftens und Haushaltens auf der Grundlage einer gemeinsamen Währung offenkundig geworden.

In gewisser und Erkenntnis befördernder Überzeichnung lässt sich gegenwärtig von einem in Europa wogenden Krieg sprechen – ja, von einer Art europäischem Einigungskrieg. Kein – Gott bewahre – veritabler europäischer Krieg, in dem, wie in zurückliegenden, wenig anheimelnden Dekaden, furchteinflößende Landheere, See- und Luftflotten aufzogen,

ebenso wenig, wie sich daraus ein blutig entladendes Kräftemessen in sichtbarer militärischer Schlachtenordnung ergibt; also kein Krieg im althergebrachten Sinne, aber irgendwie doch ein Krieg bislang wenig sichtbar gewesener traditioneller europäischer Konfliktlagen entlang. So gesehen und jener notwendigen Erkenntnis in der Sache wegen überspitzt, können die gegenwärtigen, in der Eurogruppe ausgetragenen Auseinandersetzungen durchaus als eine Art innereuropäischer Krieg um Dominanz und Unterordnung historisch unterschiedlich gewachsener habitueller Tugenden des Wirtschaftens und Haushaltens verstanden werden. Bei diesem Krieg geht es nicht um Althergebrachtes wie um Gewinn oder Verlust von Territorien oder anderer, mittels Gewalt zu erlangender Trophäen der Über- oder Unterordnung, dem Schleifen von Festungen und Trutzburgen oder dem demütigenden Auferlegen von Tributzahlungen. Im Unterschied zu vergangenen, angesichts nachmoderner Lebenswelten gleichsam archaisch anmutenden Zeiten, nimmt das Ringen der Europäer untereinander ebenjene Semantiken von Finanz-, Haushalts- und Währungspolitik und deren Regularien an. Die sich heute einstellenden „Kriegsziele“ kulminieren letztendlich in der Frage, wessen Sekundärtugenden und habituellen Prägungen des Wirtschaftens und Haushaltens in Europa obwalten sollen, bzw., wie Kompromisse zu diesem Zwecke untereinander zu gestalten sind, vor allem aber, wessen Regeln zu gelten haben. All dies und vieles mehr verweist auf Konstellationen der Vormoderne. Und es sind paradoxerweise Konstellationen der Vormoderne, aus denen heraus so manche Vorstellungen einer zukünftigen europäischen Ordnung fließen könnten.

Die Währungsunion bzw. der Euro ist ebenso ein Stabilisierungsanker, wie die gemeinsame Währung die Stabilität des Einigungsprojektes untergräbt. Beides trifft zu. Dieser Widerspruch ist gleichwohl kein vorübergehendes Krisenmoment, sondern ein konstitutives dynamisches Merkmal der europäischen Konstellation. Dadurch wird deutlich, wie schwierig es um klare politische Projektionen steht – sei es die Projektion in Richtung eines Bundesstaates oder eines Staatenbundes. Dabei hält gerade die deutsche Geschichte für beide Projektionen hinreichend Material bereit, so das Muster der deutschen Einigung im 19. Jahrhundert, bei der die Währungseinheit übrigens erst mit dem politischen Vollzug der Reichseinheit erfolgte. Ein solches Einigungsnarrativ orientiert sich am Ideal eines homogenen, *horizontal* integrierten Nationalstaates und dürfte schon aufgrund des Umstandes europäischer Vielfalt wenig Aussichten auf Erfolg haben. Das andere Modell schöpft aus dem Erfahrungsarsenal der Vormoderne, also aus einer Zeit, in der die politische Ordnung mit der damals geltenden *vertikalen* korporativen Ordnung der verschiedenen Stände, der *nationes*, eher lose zu Entscheidungen zusammen-

zuführen war. Hier ist vom durch Napoleon 1806 aufgelösten „Heiligen Römischen Reich deutscher Nation“ die Rede – ein Gefüge, das letztendlich der anbrandenden Moderne unterlag. In ihr verbanden sich die Prinzipien einer ethnisch eingefärbten Nation, der staatsbürgerlichen Gleichheit der Einzelnen, der repräsentativen Mehrheitsentscheidung mit der Territorialität der Staatsmacht zu einer politischen Maschine, in der sich Macht in Ballungen niederschlug und letztendlich im Zeichen der politischen Krise nicht zuletzt in die Katastrophen des 20. Jahrhunderts führte. Nicht, dass nunmehr nostalgisch in die ohnehin nicht wiederbringbare Vormoderne geblickt würde, um Europa aus der Krise zu führen. Aber die „weichen“ Strukturen einer beständigen und ausgleichenden Koordination nachmodern verfasster Körperschaften, kombiniert aus den europäischen Institutionen, aus den Staaten und ihren Parlamenten, aus weiteren Gebietskörperschaften und anderen Einrichtungen der Repräsentation, wie sie für die Vormoderne im Unterschied zu den „harten“ Strukturen der Deziision von Nationalstaaten und ihnen nachgebildeten Zusammenschlüssen so typisch gewesen waren, dürften für das Europa der nachmodernen Verschiedenheiten angemessener sein als Vorstellungen von Vereinheitlichung, die eher zu brechen als zu biegen vermögen.

Wie verhält es sich vor diesem Hintergrund nunmehr mit der Gemeinschaftswährung, dem Euro – einer Währung, welche die Unterschiede der verschiedenen europäischen Gemeinwesen, von Wirtschaftsgebaren und Haushalten erst in der Krise hat derart scharf hervortreten lassen? Auch hier bietet sich der erkenntnisheischende diagnostische Blick zurück an, um resümierend auf das für Europa so signifikante Defizit des Politischen zu blicken – und dies im Unterschied zur für Europa so typisch gewesenen Integrationsspur des Ökonomischen. Am Anfang war die politische Einigung – jedenfalls als Idee. Diese politische Einigung, erwachsen aus dem Gehäuse des Kalten Krieges und der so empfundenen Bedrohung Westeuropas durch die Sowjetunion, sollte den Sprung in die militärische Integration leisten. Diese Form der Integration war vornehmlich an den französischen Bedenken der Form der Bewaffnung (West-) Deutschlands gegenüber gescheitert. Als ein für alle verträglicher Ersatz wurde die Bundesrepublik 1955 in die NATO aufgenommen. Die Einigung Europas erfolgte nunmehr im Wirtschaftlichen, und dies, obschon es sich bei diesem Bereich für die damals Handelnden nicht um den Kernbestand der eigentlich politischen Einigungserwartungen handelte, sondern um deren Ersatz. Von da an erfolgten die beständige Verflechtung der Volkswirtschaften und die Vereinheitlichung der lebensweltlichen Bereiche in erster Linie unter Umgehung der harten und auf Existenziellem beruhenden Entscheidungen der Politik. Dies war möglich geworden, als der Ost-West-Gegensatz und die militärische Struktur der NATO für den politischen

Ausfall Europas ersetzend eintraten. Dieses politisch-militärische Ersatzgehäuse für das unvollendet gebliebene Einigungsvorhaben ist mit dem Ende des Kommunismus und dem Zerfall der Sowjetunion zwar nicht an sein Ende gekommen, wurde aber massiv relativiert. Und solange Europa oder genauer: die Europäer nicht militärisch herausgefordert werden bzw. die NATO als ein, wenn auch inzwischen verwandeltes Militärbündnis weiterhin existiert, kann die Dimension der politisch-militärischen Einigung vernachlässigt bzw. außen vor bleiben. Inzwischen wurde aber der Euro als Gemeinschaftswährung aus der Taufe gehoben, dem indes jene politisch-institutionelle Deckung fehlt, um der Währung auch in Zeiten ökonomischer und finanzpolitischer Turbulenzen jenen Halt zu verschaffen, den eine Währung benötigt, um mehr zu sein als ein Symbol der Tauschabstraktion. Da aber nicht vorstellbar ist, dass die Europäer mir nichts dir nichts ihre jeweiligen nationalen Institutionen und damit ihr materielles Gedächtnis vergessen machen werden, um sich in ein auf Dezision getrimmtes politisches Korsett zu zwängen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als das nach außen gerichtete Politische weiterhin den transatlantischen Institutionen und mithin der Deckung durch die NATO zu überlassen. Dies bedeutet gleichwohl, dass die aus der Konstellation des Kalten Krieges geborene Konstruktion Europas auch über dessen Ende hinaus Geltung beansprucht – will heißen, dass ohne die historische amerikanisch-europäische Nähe eine reale Krisenzeiten durchlebende „weiche“ europäische Integration nicht wirklich zu gewährleisten ist.